

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Zentralasien – 25 Jahre Unabhängigkeit

Im Spannungsfeld der Geopolitik
Herausforderung Unabhängigkeit
Islamismus in Tadschikistan?

WeltBlick

Japan – Allianz vs. Unabhängigkeit
UN-Versagen in Westsahara

Zwischenruf

Gregor Gysi: Für einen EU-Neustart

Analyse

Obamas Außenpolitik

Kommentar

Zum Ausgang der Duma-Wahlen

ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-33-0



4 191574 104808

11

4

WeltBlick

- 4 Japan: Zwischen Allianz und Eigenständigkeit
Simon Schwenke
- 9 Der Konflikt in der Westsahara
Mohamed El Mamun Ahmed Brahim
- 14 Gewalt im bolivianischen Bergbausektor
Janine Romero



18

Briefe aus ...

Teheran und Bogotá



22

Zwischenruf: Für einen Neustart der EU!

Gregor Gysi

24

Thema: Zentralasien – 25 Jahre Unabhängigkeit

- 26 Im Spannungsfeld der Geopolitik
Bulat Sultanov
- 32 Herausforderungen der Unabhängigkeit
Arne C. Seifert
- 38 Kooperation versus Isolation
Wladimir W. Paramonov und Alexej W. Stokov
- 45 Islamistische Radikalisierung in Tadschikistan?
Rebekah Tromble
- 51 Die Staaten Zentralasiens in Zahlen
Anne Klinnert



Historie: Große Reformen im Zarenreich

52

Yann Wernert



Analyse: US-Außenpolitik unter Obama

56

Klaus Larres

Impressum

63



VIP: Berta Cáceres, honduranische Aktivistin

64

Angela Unkrüer

Bücherschau

68



Kommentar: Uneiniges Russland

70

Kerstin Kaiser

Wort und Strich

72

Uneiniges Russland

Kerstin Kaiser

Außerhalb Russlands nahm man die über 5.000 Wahlen an einem Tag kaum wahr: Außer der Staatsduma, dem Unterhaus, wurden im September noch sieben regionale Oberhäupter gewählt, Regional- und Kommunalvertretungen neu bestimmt. Es ging um ca. 40.000 Mandate in der ganzen Föderation. In der Duma sind nun die vier alten Parteien auch die neuen. Das Ausmaß des Wahlerfolges der Regierungspartei Geeintes Russland (GR) ist allerdings ebenso überraschend wie das der Niederlage *aller* inner- und außerparlamentarischen Oppositionsparteien. Ebenso wie das Ausmaß der Wahlverweigerung. Offiziell nahmen nur 47,88 Prozent der Wahlberechtigten teil, so wenige wie noch nie. Die patriotische Wahlkampf-Rhetorik aller Parteien befremdete diesmal vielleicht zusätzlich.

Nicht *dass* Geeintes Russland dabei gewann, war überraschend, sondern *wie klar*: 54,2 Prozent Zweitstimmen plus 203 Direktmandate brachten satte 345 von 450 Mandaten. Die neue verfassungsändernde Mehrheit ist für GR eine machtpolitische Chance, aber auch eine Gefahr für die Akzeptanz der ohnehin nicht geschätzten Duma und für demokratische Diskurse im Land. Die absolute Mehrheit bringt der sogenannten Machtpartei im Parlament noch lange keine Mehrheit an Zustimmung in der Bevölkerung.

Tatsächlich erstarkte GR zusätzlich aufgrund dramatischer Verluste aller anderen Parlamentsparteien. Kommunisten und Gerechtes Russland wurden auf weniger als die Hälfte regelrecht „eingedampft“, selbst Schirinowskis Liberale ließen Federn. Allen Oppositionsparteien fehlen überzeugende Inhalte und Spitzenpersonal. Regierungskritik ohne realistische Alternativen und „Schwarze PR“ – das skrupellose Bloßstellen aller Konkurrenten – überzeugen nicht, dass die anderen auch anders sind.

Umfrageinstitute und linke Analytiker räumen jetzt ein, sich mit den Voraussagen vor der Wahl „ein bisschen geirrt“ zu haben, der Umschwung in Bewusstsein und Verhalten der Gesellschaft sei ausgeblieben. Jähe Wendungen wären dennoch nicht ausgeschlossen. Offenbar ging von Moskau aus jeder verlässliche Draht und Einblick in „die Provinz“ verloren. Fern der Metropolen herrscht Misstrauen gegenüber dem Staat, Solidarität vor

Ort ist out. Gut ausgebildete junge Leute finden keine Arbeit. Aber statt Protest – Resignation. Um durchzukommen, sind der eigene Tellerrand und die Verwandtschaft eben Maßstab des Handelns. Nur wenn (Besitz-) Interessen einer Gruppe oder eines Clans gegen Verwaltungen stehen, gibt es soziale Konflikte. Hiesige Parteiführer haben offenbar ein neues Problem: Während man früher den Parteien nur einfach nicht vertraute, erlischt inzwischen das Interesse an deren Tun.

Fakt ist: Wirtschaftslage und Einkommenssituation der breiten Bevölkerung sind schwierig. Rubelschwäche und sozialökonomische Krise nehmen kein Ende. Öffentliche Finanz- und Haushaltsprobleme, fehlende Investitionen, Privatisierungen im Bildungs- und Gesundheitssektor, Absage der Rentenanpassung und der Gehaltserhöhung für Lehrer – all das wird der Regierung unter Medwedjew angelastet. Zu Recht steht sie auch in der Kritik, uneinig, unentschlossen und selbstherrlich zu agieren. Dem überwältigenden Konsens der Bevölkerung zu Russlands Außenpolitik steht deren Unzufriedenheit mit der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenüber.

Noch ist nicht klar, in welche Richtung Duma und Regierung jetzt drängen. Auch nicht, ob eher das Parlament oder das Präsidialsystem gestärkt werden könnten. Die Bevölkerung befürchtet so oder so den „europäischen, griechischen Weg“: dass Sozialleistungen und Subventionen weiter gekürzt und die Daseinsvorsorge ohne finanziellen Ausgleich in die Kommunen geschoben wird. Dafür sollen empfindliche Immobiliensteuern kommen, auch auf selbst genutzten Wohnraum, Datscha und Garten. Für GR sind zwei Ziele klar: die globale Macht weiter zu stärken und 2018 den Präsidenten souverän wiederwählen zu lassen. Dazu dürfte man zunächst mal die Leute im eigenen Land nicht vom Radar verlieren. Und mit Selbstrechtfertigung, Feindbildpflege, Sanktionen und militärischen Drohungen sind Politiker in die falsche Richtung unterwegs, in Russland wie in der EU. 🌐

Kerstin Kaiser

geb. 1960, Dipl.-Slawistin, Leiterin des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Russischen Föderation, Moskau

kerstin.kaiser@rosalux.org

